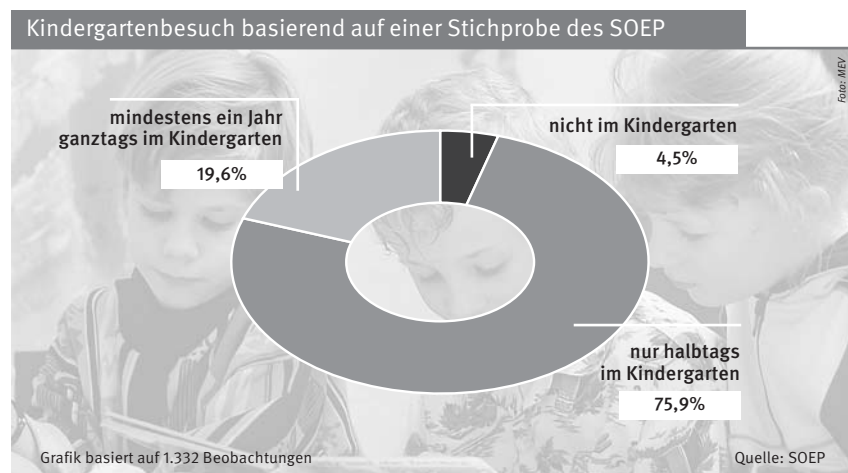


Besuch des Kindergartens wirkt sich auf spätere Sekundarschulwahl aus

Eine Studie des ZEW mit Unterstützung des Förderkreises am ZEW e.V. zum Zusammenhang zwischen Kindergartenbesuch und Sekundarschulbesuch von westdeutschen Kindern in den vergangenen beiden Jahrzehnten legt die Vermutung nahe, dass der Besuch eines Kindergartens nicht für alle Kinder die gleichen Folgen für die weitere Schulbiografie hat. Eine Ganztagsbetreuung für sich genommen scheint noch kein Erfolgsgarant zu sein. Kinder, die viele Stunden pro Tag im Kindergarten verbracht haben und Kinder, die überhaupt nicht im Kindergarten waren, besuchen mit einer bis 18 Prozent geringeren Wahrscheinlichkeit ein Gymnasium als Kinder, die halbtags im Kindergarten waren.



Ist der Kindergarten bereits vor der Grundschule eine wichtige Bildungsinstitution, die Kindern den notwendigen Schub für die weitere Schulbiografie verschafft? Eine aktuelle ZEW-Studie (ZEW Discussion Paper No. 07-051) versucht, diese Frage empirisch zu beantworten. Die Analyse des Zusammenhangs zwischen Kindergartenbesuch und der Wahl der Sekundarschule basiert auf einer Stichprobe von 1.332 Kindern aus dem Sozio-Oekonomischen Panel (SOEP) Berlin, für die vom Alter von zwei Jahren bis zum Zeitpunkt der

Sekundarschulwahl (meist im Alter zwischen 12 und 14 Jahren) Informationen verfügbar sind. Die einbezogenen Kinder stammen aus den Geburtsjahrgängen 1982 bis 1993, sodass über einen Zeitraum von bis zu 12 Jahren für jedes Jahr Angaben vorliegen.

Mit Hilfe dieser Stichprobe wurde ermittelt, ob die Kinder einen Kindergarten besucht haben, wie viele Jahre dieser Besuch gedauert hat und ob sie halbtags oder ganztags dort waren. Etwa 76 Prozent der Kinder in der Stichprobe besuchen den Kindergarten für

zwei oder drei Jahre und das überwiegend halbtags. Vier Prozent der in der Stichprobe enthaltenen Kinder haben nie einen Kindergarten besucht. 20 Prozent der in der Stichprobe enthaltenen Kinder besuchten den Kindergarten ganztags (siehe Abbildung).

Sozio-ökonomischer Hintergrund entscheidend

Nicht nur gibt es erhebliche Unterschiede bei der Dauer des Kindergartenbesuchs, sondern auch im familiären Status und im sozio-ökonomischen Hintergrund der Kinder. Die Kinder, die nie einen Kindergarten besuchen, leben vielfach in Familien mit geringerem Einkommen, in denen mehr als die Hälfte der Mütter keinen Schulabschluss oder lediglich einen Hauptschulabschluss besitzt. Diese Kinder haben im Vergleich zu Kindergartenkindern häufiger nicht-deutsche Eltern und mehr

IN DIESER AUSGABE

| | |
|---|---|
| Besuch des Kindergartens wirkt sich auf spätere Sekundarschulwahl aus | 1 |
| Experten erwarten durchschnittliche Rendite bei nachhaltigen Kapitalanlagen | 2 |
| Wie effizient wirtschafteten baden-württembergischen Gemeinden? | 3 |
| Trend zur Internetnutzung am Arbeitsplatz weiterhin ungebrochen | 4 |
| Einsatz von Exchange Traded Funds im institutionellen Portfoliomanagement | 5 |
| ZEW intern, Termine, Neuerscheinungen | 6 |
| Daten und Fakten | 7 |
| Standpunkt | 8 |

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Geschwister. Ebenso sind ihre Mütter seltener erwerbstätig.

Dies scheint ebenfalls für die Gruppe der Kinder zuzutreffen, die den Kindergarten ganztags in Anspruch nehmen. Diese Kinder haben im Vergleich zu Kindern, die den Kindergarten lediglich halbtags besuchen, häufiger alleinerziehende Eltern, die zudem öfter erwerbstätig sind. Kinder, die halbtags den Kindergarten besuchen, wachsen in der Regel in Familien mit höherem Einkommen auf, und die Eltern haben eher höhere Bildungsabschlüsse wie

etwa Abitur oder einen Studienabschluss.

In einer multivariaten Analyse hat das ZEW weiterhin untersucht, welche der genannten Faktoren – Familienhintergrund und Dauer des Kindergartenbesuchs – einen empirischen Erklärungsbeitrag für die Wahl der Sekundarschulform der Kinder im Alter zwischen 12 und 14 Jahren leisten. Die Analyse bestätigt, dass die Wahl des Gymnasiums von der Bildung und dem Haushaltseinkommen der Eltern unterstützt wird. In Bezug auf den Kindergar-

tenbesuch deuten die Ergebnisse darauf hin, dass Kinder, die bei gleichem Familienhintergrund gar nicht oder aber ganztags in den Kindergarten gehen, eine um bis zu 18 Prozent niedrigere Wahrscheinlichkeit haben, das Gymnasium zu besuchen, als Kinder, die halbtags in den Kindergarten gehen. Ein Ganztagsbesuch im Vergleich zu einer Halbtagsbetreuung hatte demnach für sich genommen keine nachweisbare positive Wirkung für die weitere Schulbiografie.

Friedhelm Pfeiffer, pfeiffer@zew.de

Experten erwarten durchschnittliche Rendite bei nachhaltigen Kapitalanlagen

Obwohl Finanzmarktexperten mehrheitlich die Berücksichtigung ökologischer und sozialer Ziele in der Unternehmensführung als wichtig ansehen, sind sie doch skeptisch, was die Renditeentwicklung nachhaltiger Kapitalanlagen angeht. Wie eine Umfrage des ZEW im Rahmen des ZEW-Finanzmarkttests bei 297 Finanzmarktexperten zeigt, lehnt mehr als ein Drittel der Befragten es ab, nachhaltige Kapitalanlagen in ihr Portfolio aufzunehmen.

Die Berücksichtigung ökologischer und sozialer Ziele im Unternehmensmanagement erachtet eine breite Mehrheit von mehr als 90 Prozent der befragten Finanzmarktexperten als wichtig oder sogar sehr wichtig. Dementsprechend schätzen sie das Marktpotenzial so genannter nachhaltiger Kapitalanlagen (Sustainable and Responsible Investments, SRI) sehr optimistisch ein. Mehr als 70 Prozent aller vom ZEW Befragten gehen von einem wachsenden oder zumindest konstanten Marktanteil von SRI aus. Allerdings erwarten die Finanzmarktexperten im Vergleich

zu konventionellen Finanzanlagen eine ungünstigere Rendite- und Risikoentwicklung bei SRI: Mehr als 80 Prozent prognostizieren höchstens durchschnittliche Renditechancen bei gleichem oder gar höherem Risiko der Anlagen.

Dementsprechend würden auch 37 Prozent der befragten Finanzmarktexperten keinerlei SRI-Produkte in ihr Portfolio aufnehmen. Lediglich 14 Prozent der Befragten geben an, dass sie mehr als die Hälfte ihrer Finanzanlagen aus SRI zusammenstellen würden. Somit besteht eine Diskrepanz zwischen der Aussage der Finanzmarktexperten, ökologische und soziale Kriterien hätten eine wichtige Rolle im Management zu spielen, und ihrer eher pessimistischen Einschätzung der Performance von SRI.

Ungeeignete Kriterien

In einer weiteren Frage geben die Finanzmarktexperten ihrer Überzeugung Ausdruck, dass ungeeignete Kriterien für nachhaltiges Investment angelegt

werden. So sind nur 21 Prozent der befragten Experten der Ansicht, soziale und ökologische Anliegen seien bei SRI stark berücksichtigt. Mit 37 Prozent geben fast doppelt so viele der Befragten an, SRI seien kaum nachhaltig.

Seit mehreren Jahren wächst der Markt für SRI stark. Unter SRI werden Anlageprodukte wie etwa Fonds zusammengefasst, die nicht nur orientiert an ökonomischen Gesichtspunkten investieren, sondern auch soziale und ökologische Kriterien bei der Investitionsentscheidung berücksichtigen. Ob SRI nicht nur aus ethischer Sicht sinnvoll sind, sondern auch im Vergleich zu herkömmlichen Kapitalanlagen höhere Erträge bringen, ist umstritten. Während die Befürworter nachhaltiger Anlagen den Wert von verantwortungsvollem Management herausstellen, argumentieren Kritiker, dass die Beschränkung auf nur ein Segment des Marktes – nämlich auf ökologische und soziale Kapitalanlagen – erhöhte Risiken mit sich bringe und die Renditechancen beeinträchtigen könnte.

Ulrich Oberndorfer, oberndorfer@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Wie effizient wirtschaften die baden-württembergischen Gemeinden?

Angesichts der angespannten Lage vieler kommunaler Haushalte wird die effiziente Verwendung öffentlicher Mittel zunehmend wichtiger. Ineffizienzen im öffentlichen Sektor können in vielfältiger Weise auftreten. So können etwa öffentliche Verwaltungen überdimensioniert sein oder Aufträge nicht an die kostengünstigsten Anbieter vergeben werden, so dass entsprechende Mehrkosten entstehen. Eine aktuelle Studie des ZEW deutet darauf hin, dass die Kosten der baden-württembergischen Gemeinden im Durchschnitt um 12 bis 14 Prozent gesenkt werden könnten, ohne dabei das Versorgungsniveau dieser Gemeinden mit öffentlichen Leistungen zu verringern.

Bei der Debatte um die Konsolidierung der kommunalen Haushalte dominieren Betrachtungen, die auf der Einnahmeseite (etwa über Steuererhöhungen) oder der Ausgabenseite (etwa über Kürzungen von Sozialtransfers) ansetzen. Der Gedanke der Effizienzsteigerung im öffentlichen Sektor hingegen stand bisher im Hintergrund. Zudem spielt die Leistung des öffentlichen Sektors im Standortwettbewerb um mobile Faktoren wie (qualifizierte) Arbeit und Kapital eine wichtige Rolle.

Das ZEW hat die Effizienz bei der Bereitstellung von öffentlichen Gütern für 1.021 der insgesamt 1.111 baden-württembergischen Gemeinden für das Jahr 2001 untersucht (ZEW Discussion Paper No. 07-036). Dazu wurde für die Gemeinden der Verlauf einer Kostenfunktion geschätzt, die die von einer Gebietskörperschaft bereitgestellten Leistungen den dafür aufgewendeten Mitteln gegenüberstellt. Auf Basis dieser Kostenfunktionen wurden anschließend mithilfe eines geeigneten ökonomischen Schätzverfahrens Effizienzwerte der Gemeinden berechnet.

Bewertung des Outputs

Schwierig ist dabei die umfassende Bewertung des von einer Gebietskörperschaft bereitgestellten Outputs, da sich (echte) öffentliche Güter per Definition der Bewertung durch Marktpreise entziehen. Daher wurde in der Untersuchung auf Output-Maße zurückgegriffen, die bereits in früheren Studien zur

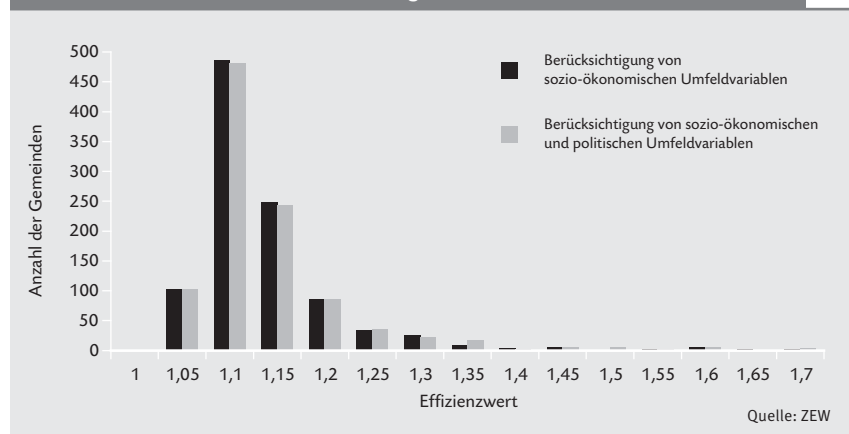
Effizienz von Gebietskörperschaften angewendet wurden. Das Niveau der öffentlichen Leistungserstellung einer Gemeinde wird hier durch sechs Output-Indikatoren näherungsweise dargestellt: die Anzahl der Schüler in öffentlichen Grund- und Hauptschulen, die Anzahl der zur Verfügung stehenden Kindergartenplätze, die gesamte Erho-

lungsfäche (wie etwa Parkanlagen), die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die Gesamtbevölkerung sowie die Bevölkerung über 65 Jahre. Der für die Bereitstellung der öffentlichen Leistungen notwendige Input wird durch die laufenden Ausgaben einer Gemeinde abzüglich der Zinsausgaben repräsentiert.

Die Ergebnisse der Berechnungen sind in der Grafik abgebildet. Das Histogramm zeigt die Häufigkeitsverteilung der Gemeinden in Abhängigkeit der verschiedenen Effizienzwerte für drei verschiedene Schätzvarianten, wobei die Gemeinde mit der höchsten Effizienz einen Wert von eins erhält. Die Effizienzwerte aller anderen (weniger effizienten) Gemeinden müssen in Relation zu diesem Referenzwert interpretiert werden.

Aus der Grafik ist ersichtlich, dass – unter Berücksichtigung verschiedener sozio-ökonomischer und politischer Umfeldbedingungen – die meisten der 1.021 untersuchten Gemeinden einen Effizienzwert um 1,1 aufweisen (knapp 500). Dies bedeutet, dass die Kosten dieser Gemeinden im Vergleich zur effizientesten Gemeinde um etwa 10 Prozent gesenkt werden könnten, ohne dabei das Versorgungsniveau der öffent-

Effizienzwerte der baden-württembergischen Gemeinden für das Jahr 2001



lichen Leistungen einschränken zu müssen. Weitere Berechnungen haben ergeben, dass die Kosten in den untersuchten Gemeinden im Durchschnitt sogar um 12 bis 14 Prozent gesenkt werden könnten. Die dadurch entstehenden zusätzlichen Geldmittel könnten zu einer Entspannung der Finanzlage in vielen Gemeinden und Städten beitragen oder für Investitionen, etwa für die Instandhaltungen und Renovierungen in Schulen und Kindergärten, verwendet werden.

Alexander Kalb, kalb@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Trend zur Internetnutzung am Arbeitsplatz weiterhin ungebrochen

So gut wie alle Unternehmen in Deutschland (98 Prozent) haben mittlerweile Zugang zum Internet. Dabei haben auch die kleinen Unternehmen, die vor drei Jahren hinsichtlich der Einrichtung von Internetanschlüssen noch vergleichsweise zurückhaltend waren, aufgeholt. Dies zeigt eine repräsentative Befragung des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) unter rund 4.300 Unternehmen mit mindestens fünf Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe und ausgewählten Dienstleistungsbranchen. Die Befragung wurde Anfang 2007 mit finanzieller Unterstützung der Landesstiftung Baden-Württemberg durchgeführt.

Wie die Umfrage weiterhin zeigt, haben immer mehr Beschäftigte an ihrem Arbeitsplatz Zugang zum Internet: Waren es Ende 2004 noch 48 Prozent der Beschäftigten, sind es heute mit 54 Prozent mehr als die Hälfte. Die Branchen EDV und Telekommunikation, technische Dienstleister sowie Banken und Versicherungen verzeichnen dabei mit jeweils mehr als 70 Prozent die höchsten Anteile. In Unternehmen des Dienstleistungssektors ist der Online-Zugang am Arbeitsplatz weiter verbreitet als im verarbeitenden Gewerbe (58 gegenüber 45 Prozent). Beide Teilbereiche der Wirtschaft haben aber zwischen 2004 und 2007 einen Anstieg beim Anteil der Arbeitsplätze mit Internetzugang erfahren.

Internet bildet Basis vieler Geschäftsprozesse

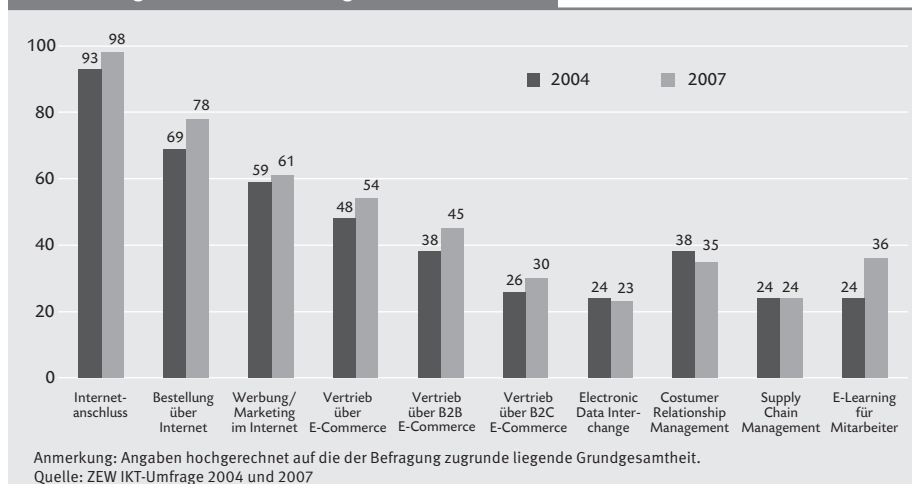
Das Internet entwickelt sich in zunehmendem Maße zur Basis einer Vielzahl von Geschäftsprozessen. So entwickeln 78 Prozent der Unternehmen ihren Einkauf entweder vereinzelt oder regelmäßig über das Internet ab. Gegenüber dem Jahr 2004 ist dies eine Steigerung von 9 Prozentpunkten, gegenüber 2002 entspricht es sogar einer Zunahme von 17 Prozentpunkten. Ebenfalls kontinuierlich zugenommen hat der Vertrieb über E-Commerce, d.h. der Verkauf von Produkten oder Dienstleistungen über das Internet. Vertrieben vor fünf Jahren lediglich knapp zwei Fünftel

der Unternehmen ihre Leistungen elektronisch, sind es heute 54 Prozent. Dabei überwiegt der elektronische Vertrieb an Unternehmen (B2B) mit 45 Prozent deutlich den Vertrieb an Privatkunden (B2C) mit 30 Prozent. Zugleich ersetzt das Internet zunehmend ältere

sich aber von 2004 bis heute kaum verändert. Auch die Verwendung von Supply Chain Management- (SCM-) Systemen, mit denen die Koordination geschäftlicher Aktivitäten zwischen Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette unterstützt wird, stagniert gegenüber 2004.

Bei der Art des Zugangs zum Internet haben in den vergangenen Jahren breitbandige Anschlüsse stark an Bedeutung gewonnen. Während im Jahr 2002 knapp die Hälfte der Unternehmen mit Internetanschluss über einen DSL-Zugang oder eine Standleitung online ging, tun dies heute bereits 86 Prozent. Im gleichen Zeitraum ist die Verwen-

Verbreitung von IKT-Anwendungen



Systeme des elektronischen Warenhandels, wie das klassische Electronic Data Interchange (EDI), das nur noch 23 Prozent (minus 6 Prozentpunkte gegenüber 2002) der Unternehmen nutzen.

Einen ausgeprägten Anstieg gibt es beim Einsatz des Internets im Bereich des E-Learnings. Online-Werbung und -Marketing haben dagegen kaum an Bedeutung gewonnen. Der Einsatz von Systemen zur elektronischen Kundenbetreuung (CRM) hat zwar zwischen 2002 und 2004 deutlich zugenommen,

die Verwendung von analogen Modems oder ISDN-Anschlüssen von 65 auf 56 Prozent zurückgegangen. Insbesondere kleinere Unternehmen sind noch über Modem oder ISDN an das Internet angebunden. UMTS-Anschlüsse und der Zugang über Kabel werden von 16 bzw. 9 Prozent der Unternehmen mit Internetzugang genutzt. Anbindungen über Satellit, Powerline oder WIMAX spielen in den Unternehmen dagegen bislang kaum eine Rolle.

Bettina Müller, bettina.mueller@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Einsatz von Exchange Traded Funds im institutionellen Portfoliomanagement

An der Börse gehandelte Indexfonds, so genannte Exchange Traded Funds (ETFs), sind in den vergangenen Jahren immer wichtiger geworden. Dieser Beitrag beleuchtet Einsatzmöglichkeiten von ETFs im institutionellen Portfoliomanagement und versucht, daraus auf ihr künftiges Marktpotenzial zu schließen. Er basiert auf einer Befragung von rund 350 Finanzmarktexperten im Rahmen des ZEW-Finanzmarkttests.

Bei ETFs sind in den vergangenen Jahren das Anlagevolumen und die Anzahl der verschiedenen Fonds deutlich gestiegen. Mittlerweile sind fast alle Assetklassen, von Rohstoffen, Immobilien, Emerging Markets bis hin zu Geldmarktpapieren, über ETFs abbildbar. Des Weiteren können ETFs erworben werden, die in alternative Investments oder Derivate investieren. ETFs werden überwiegend von institutionellen Investoren gehalten. Sie zeichnen sich vor allem durch ihre günstige Kostenstruktur, hohe Flexibilität und ihre Transparenz aus. Durch die zunehmende Vielfalt des Produktangebots nehmen die Einsatzmöglichkeiten solcher Produkte im institutionellen Portfoliomanagement zu.

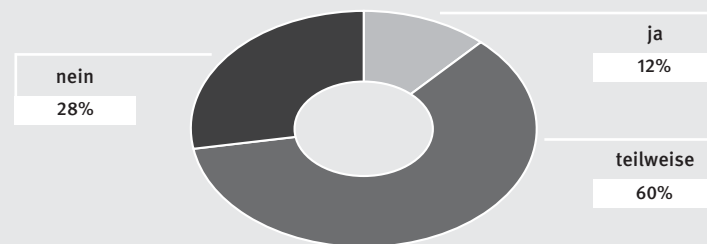
Das ZEW hat rund 350 Finanzmarktexperten nach der Rolle von ETFs im institutionellen Portfoliomanagement befragt. Sie sollten zunächst Auskunft über die häufigsten Funktionen von ETFs im institutionellen Portfoliomanagement geben. Dabei sagten 45 Prozent der Befragten, ETFs seien hauptsächlich für strategische Asset Allocation wie etwa Core/Satellite-Strategien einzusetzen. Weitere 39 Prozent wiesen der taktischen Asset Allocation die größte Bedeutung zu. Eine Minderheit von insgesamt 16 Prozent sieht den häufigsten Einsatz von ETFs in den Bereichen Cash Management, Arbitrage oder Hedging und Lending. So schrei-

ben immerhin 7 Prozent der Befragten dem Ausnutzen von Arbitragemöglichkeiten mithilfe von ETFs eine sehr hohe Bedeutung zu. Das Ergebnis belegt die Bedeutung von ETFs für alternative Einsatzmöglichkeiten.

ersetzen können. Ganze 12 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass „Index-Picking“ oder „Sector-Picking“ die Auswahl von Aktien auf Einzelebene ersetzen können. Weitere 60 Prozent halten eine partielle Substitution von

Aktive Handelsstrategien gegenüber konventionellen Ansätzen

Können ETFs im aktiven Portfoliomanagement konventionelle Ansätze („Stock-Picking“) ersetzen?



Quelle: ZEW

Der Branchenallokation wird im Portfoliomanagement oftmals eine hohe Bedeutung zugemessen. Deshalb wurden die Experten nach der Eignung von Branchen-ETFs für aktive Handelsstrategien befragt. 22 Prozent der Experten bejahten dies, und 47 Prozent der Experten sehen noch eine prinzipielle Eignung von Branchen-ETFs für aktive Handelsstrategien. 30 Prozent der Befragten gehen hingegen von einer geringen Eignung aus. Diese relative Zurückhaltung verblüfft deshalb, weil die Mehrheit von 54 Prozent es für möglich erachtet, mit Überbeziehungsweise Untergewichtungen von Branchen eine Überrendite gegenüber dem marktbreiten Index zu erwirtschaften. Jedoch fällt bei dieser Frage das Expertenvotum äußerst gespalten aus. So gehen insgesamt 46 Prozent davon aus, dass es nur schwer oder überhaupt nicht möglich ist, mit Branchenallokationen eine Überrendite zu erwirtschaften.

Schließlich wurden die Finanzmarktexperten danach befragt, ob ETFs im aktiven Portfoliomanagement konventionelle Ansätze wie das „Stock-Picking“

Einzelaktien durch Aktienkörbe oder ETFs für möglich. Nur 28 Prozent der Befragten sind von einer Überlegenheit des reinen „Stock-Picking“ überzeugt.

Substitution von Aktien durch ETFs

Die Zahlen deuten auf eine zunehmende Substitution von Aktien durch ETFs im Portfoliomanagement hin. Die Vielfalt des ETF-Anlageuniversum könnte diesen Trend in Zukunft noch verstärken. Obwohl es ETFs erst seit einigen Jahren gibt, ist die breite Akzeptanz unter den Finanzmarktexperten bemerkenswert. Da 73 Prozent der Finanzmarktexperten davon ausgehen, Einzelaktien teilweise oder ganz durch ETFs zu ersetzen, scheint es den ETF-Anbietern gelungen zu sein, einen Mehrwert für ihre Kunden zu generieren. Insgesamt untermauert das eindeutige Ergebnis der ZEW-Umfrage das anhaltende Wachstum des ETF-Markts und lässt darauf schließen, dass dieses Produkt seinen Erfolgskurs fortsetzen wird.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de
Oliver Stahnke

ZEW INTERN

Holger Bonin neuer Forschungsbereichsleiter Arbeitsmärkte

Dr. Holger Bonin (39) ist zum 1. Oktober 2007 zum Leiter des Forschungsbe-



Dr. Holger Bonin

reichs „Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung“ am ZEW berufen worden, mit 23 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der zweitgrößte Forschungsbereich des ZEW. Bonin ist in der angewandten For-

schung tätig; zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen der Niedriglohnssektor, die Flexibilität von Löhnen und Beschäftigung, die wirtschaftlichen Folgen gesellschaftlicher Alterung und Migration sowie die Risikobereitschaft von Arbeitnehmern.

Bonin war seit dem Jahr 2000 am Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) beschäftigt, zuletzt als stellvertretender Programmdirektor für den Bereich „Evaluation arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen“. Er promovierte am Institut für Finanzwissenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg über die Theorie und Praxis der Generationenbilanzierung und studierte Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Heidelberg und Kiel.

TERMIN

**„Workshop on Competition in Transport Markets“
26. bis 27. November 2007 am ZEW, Mannheim**

Der Workshop zum Thema „Wettbewerb in Transportmärkten“ bietet Wissenschaftlern und Fachleuten aus der Praxis ein Forum, um aktuelle Themen und Trends in den Bereichen Wettbewerb und Regulierung von Transportmärkten zu diskutieren. Der Workshop beinhaltet Vorträge zu allen Verkehrsträgern, legt aber einen Schwerpunkt auf aktuelle Probleme des Wettbewerbs in Luftverkehrsmärkten.

Hauptredner werden sein: Kenneth Button (George Mason University, Fairfax), David Gillen (University of British Columbia, Vancouver) und Peter Forsyth (Monash University, Melbourne)

Nähere Informationen zum Workshop im Internet unter:

www.zew.de/CT2007workshop

oder bei Dr. Patrick Beschorner und Kai Hüschelrath: CT2007workshop@zew.de

EXPERTENSEMINARE

- 13.11.2007 Deutschlands Steuer- und Fiskalsystem 2008
- 14.11.2007 Volkswirtschaftliche Daten kompetent interpretieren (das Seminar findet in Berlin statt)
- 28.11.2007 Training for IFRS – Aktuelle Neuerungen und Entwicklungen im IFRS-Bereich
- 5.12.2007 Training for IFRS – Leasing: Klassifizierung, Bilanzierung beim Leasinggeber und Leasingnehmer
- 22./23.1.2008 Kommunikationsstrategien für Führungskräfte – Unterschiedlichen Kommunikationssituationen gerecht werden

ZEW-Expertenseminare im Internet: www.zew.de/Weiterbildung

Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail pauli@zew.de

ZEW DISCUSSION PAPERS

No. 07-044, Alexander Mihailov, Katrin Ullrich: Independence and Accountability of Monetary and Fiscal Policy Committees.

No. 07-045, Anja Schmiele, Wolfgang Sofka: Internationalizing R&D Co-opetition: Dress for the Dance with the Devil.

No. 07-046, Georg Metzger: Personal Experience: A Most Vicious and Limited Circle!?

No. 07-047, Georg Metzger: On the Role of Entrepreneurial Experience for Start-up Financing – An Empirical Investigation for Germany.

No. 07-048, Grit Mühler, Michael Beckmann, Bernd Schauenberg: The Returns to Continuous Training in Germany: New Evidence from Propensity Score Matching Estimators.

No. 07-049, Melanie Arntz, Simon L.S. Lo, Ralf Wilke: Bounds Analysis of Competing Risks: A Nonparametric Evaluation of the Effect of Unemployment Benefits on Immigration in Germany.

No. 07-050, Jenny Meyer: Older Workers and the Adoption of New Technologies.

No. 07-051, Tim Landvoigt, Grit Mühler, Friedhelm Pfeiffer: Duration and Intensity of Kindergarten Attendance and Secondary School Track Choice.

No. 07-052, Tobias Schmidt, Christian Rammer: Non-technological and Technological Innovation: Strange Bedfellows?

No. 07-053, Katja Coneus, Friedhelm Pfeiffer: Self-Productivity in Early Childhood.

No. 07-054, Katrin Ullrich: Inflation Expectations of Experts and ECB Communication.

No. 07-055, Wolfgang Sofka: What Makes Foreign Knowledge Attractive to Domestic Innovation Managers?

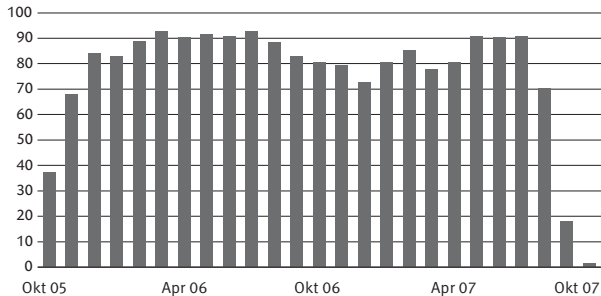
No. 07-056, Robert Schwager: Public Universities, Tuition and Competition – A Tiebout Model.

No. 07-057, Friedrich Heinemann, Eckhard Janeba: The Globalization of Tax Policy: What German Politicians Believe.

No. 07-058, Philipp Ager, Marcus Kappeler, Steffen Osterloh: The Accuracy and Efficiency of the Consensus Forecasts: A Further Application and Extension of the Pooled Approach.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Oktober 2007

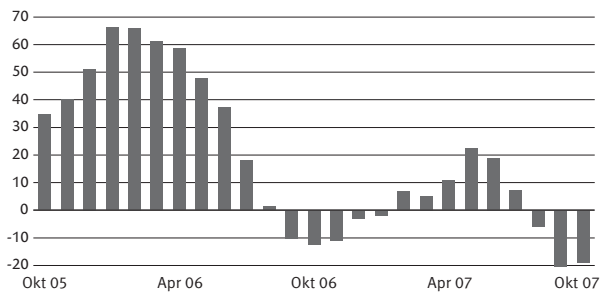


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

Unsicherheit über Kurs der EZB

Die Einschätzung der künftigen Zinspolitik der EZB fällt uneinheitlich aus. Eine knappe Mehrheit von 53 Prozent geht von konstanten Leitzinsen aus, die restlichen 47 Prozent teilen sich gleichmäßig auf die Kategorien „steigende“ und „sinkende“ Zinsen auf. Dies spiegelt die uneinheitliche Datenlage wider. So enthält der Konjunkturausblick Abwärtsrisiken, der Ausblick für die Inflation hingegen deutliche Aufwärtsrisiken. Daher erwarten die Experten, dass die EZB weitere Informationen abwartet, bevor sie sich für Zinsschritte entscheidet.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de



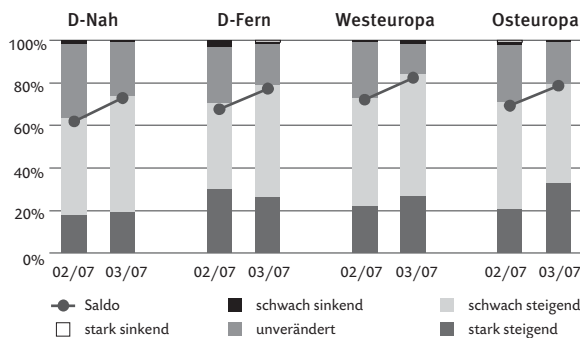
Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

Euroraum: Vorsichtige Anzeichen einer Erholung

Die ZEW-Konjunkturerwartungen für die Eurozone haben sich im Oktober leicht erholt. Der entsprechende Indikator steigt um 1,3 Punkte auf -19 Punkte. Damit scheinen die wichtigsten Abwärtskorrekturen in Reaktion auf die Finanzkrise abgeschlossen zu sein. Die insgesamt aber pessimistische Einschätzung dürfte sich vor allem auf einer erwarteten Schwächung der US-Wirtschaft gründen. Zudem sorgt die Aufwertung des Euros gegenüber dem US-Dollar dafür, dass Produkte der Eurozone in weiten Teilen des Auslands teurer werden.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

Weitere Preissteigerungen durch Überwälzung der Treibstoffkosten?

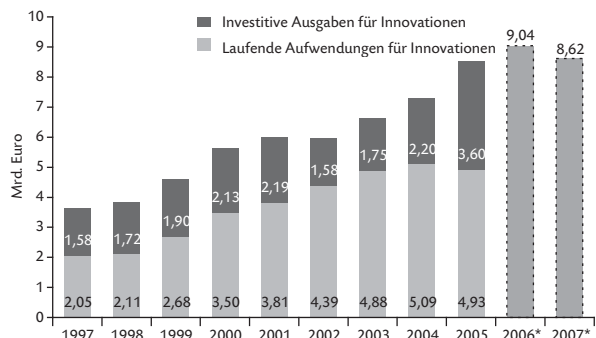


Quelle: ZEW

Die Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW gehen auch für das kommende Halbjahr von Preissteigerungen im Straßengüterverkehr aus. Zwischen 74 Prozent und 85 Prozent der Befragten rechneten im dritten Quartal 2007 mit steigenden Transportpreisen. Im Osteuropaverkehr erwarteten sogar über 33 Prozent eine Preissteigerung von mehr als 3 Prozent. Selten waren die Preissteigerungserwartungen so hoch. Insbesondere die hohen Dieselpreise dürften daran einen Anteil haben, da die Kostensteigerungen zum Teil über die Preise weitergegeben werden können.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

EDV/Telekommunikation: Spitzenwert bei Innovationsausgaben



Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel. * Planzahlen von Mitte 2006.

Die deutsche EDV-, Software- und Telekommunikationsbranche hat 2005 rund 8,5 Milliarden Euro für die Entwicklung und Einführung neuer Produkte und Verfahren bereitgestellt. Dies entspricht 6,4 Prozent des Branchenumsatzes. Damit entfallen 31 Prozent der gesamten Innovationsaufwendungen des Dienstleistungssektors auf diese Branche. Für 2006 ist mit einem weiteren Anstieg auf 9,0 Milliarden Euro zu rechnen, 2007 sollen – laut Planzahlen von Mitte 2006 – die Innovationsaufwendungen 8,6 Milliarden Euro erreichen. Jüngst zogen die investiven Innovationsausgaben in Anlagen und Software stark an.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

STANDPUNKT



Finanzmarktkrise

Die Konjunkturerwartungen der Finanzmarktexperten, die das ZEW monatlich befragt, haben sich Mitte Oktober nicht weiter verschlechtert, liegen indes deutlich unterhalb des historischen Mittelwerts. Beim gegenwärtigen Informationsstand deutet dies darauf hin, dass die Abwärtskorrekturen bei den Konjunkturerwartungen im Wesentlichen vollzogen sind. Ob wir damit die Finanzmarktkrise hinter uns haben, steht auf einem anderen Blatt. Denn zum einen liegen noch nicht alle Karten auf dem Tisch, und zum anderen müssen wirtschaftspolitische Folgerungen gezogen werden.

Die Verantwortlichen für die Finanzmarktkrise sind zuallererst, obschon nicht ausschließlich, in den Vereinigten Staaten zu suchen. Eine sehr expansive Geldpolitik und regulatorische Defizite ermöglichten es auf dem dortigen Immobilienmarkt vielen Kaufinteressenten, zinsgünstige Kredite aufzunehmen, die ihre finanzielle Leistungsfähigkeit überstiegen, weil entsprechende Bonitätsprüfungen sträflich vernachlässigt wurden. Da viele dieser Hypotheken mit einer variablen Verzinsung und einem zu Beginn sehr niedrigen Zinssatz versehen sind und die Hauspreise in den Vereinigten Staaten seit Monaten fallen, zeichnen sich angesichts der nunmehrigen Zinsanpassungen zunehmende Ausfallwahrscheinlichkeiten dieser Kredite ab. Damit kommen diejenigen Banken in (noch größere) Bedrängnis, die solche dubiosen Kreditforderungen besitzen und neu bewerten müssen, darunter eben auch Kreditinstitute in Deutschland. Was dann noch auf uns zukommt, ist unbekannt, möglicherweise sogar den betreffenden Banken selbst. Angesichts solcher lauern den Risiken verbietet sich schon jetzt eine Entwarnung, dass die Finanzmarktkrise ausgestanden sei.

Der andere Grund, warum uns die Finanzmarktkrise weiterhin beschäftigen wird, liegt darin, dass nun Lehren gezogen werden müssen, um solche Fehlentwicklungen möglichst zu vermeiden oder zumindest besser gegen sie gewappnet zu

sein. Dies betrifft neben anderen Aspekten die Regelung der Bankenaufsicht, worauf der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem neuen Jahresgutachten aufmerksam gemacht hat.

Notwendig wäre eigentlich eine in das Europäische System der Zentralbanken integrierte Bankenaufsicht, jedoch wird sie sich aufgrund politischer Widerstände so schnell nicht realisieren lassen. Daher müssen auf nationaler Ebene Reformanstrengungen unternommen werden, nicht zuletzt in Deutschland. Bei den aufgetretenen Problemfällen Industriebank und Landesbank Sachsen waren die Praktiken der Banken den Regulatoren bekannt und wurden von diesen moniert, boten aber offensichtlich keinen Anlass oder keine rechtliche Möglichkeit zum Einschreiten. Wie diese Fälle zeigen, ist es wenig effizient, wenn die laufende Aufsicht durch die Deutsche Bundesbank wahrgenommen und bei Problem-situationen die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mit deren Bearbeitung betraut wird.

Für eine Übertragung aller aufsichtsrechtlichen Kompetenzen an die Deutsche Bundesbank sprechen mehrere Gründe, unter anderem die gemeinsame Nutzung von Informationen seitens der Geldpolitik und der Bankenaufsicht. Dies ist insbesondere der Fall, wenn die Notenbank die Rolle des „lender of last resort“ übernehmen muss, also Liquiditätshilfen für illiquide, jedoch solvente Banken leisten soll. Ein weiterer Vorteil ist in der politischen Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank zu sehen, im Gegensatz zur BaFin, die der Rechts- und Fachaufsicht des Bundesministeriums der Finanzen unterstellt ist. Diese Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank muss dann weitestgehend ebenso für die ihr im Rahmen einer einheitlichen Bankenaufsicht übertragenen Funktionen gelten. Dessen muss sich die Politik bewusst sein, weil durchaus der Fall auftreten kann, dass für die Lösung von Problemen im Bankensektor Geld des Steuerzahlers benötigt wird, etwa über einen verringerten Bundesbankgewinn.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu

Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2007